

Stand: 23.02.2026 03:48:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/375

"Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/375 vom 20.02.2019
2. Beschluss des Plenums 18/405 vom 21.02.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 21.02.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Margit Wild, Annette Karl, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmар Halbleib, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag strebt eine Verkehrswende hin zur klimafreundlichen Mobilität und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz an. Er verpflichtet sich auf die folgenden Ziele und wird Maßnahmen unterstützen, die diesen Zielen dienen:

1. Der Landtag setzt sich die Umstellung auf einen möglichst klimaneutralen und emissionsfreien Verkehr zum Ziel. Als Zwischenschritt zur Umsetzung dieses Ziels muss die Umweltbilanz des Verkehrssektors schrittweise verbessert, also der Energiebedarf systematisch reduziert und der Verkehr auf klimafreundlichere Verkehrsmittel verlagert werden. Der Anteil des Rad- und Fußgängerverkehrs sowie des Öffentlichen Verkehrs muss deutlich gesteigert werden. Der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) am Verkehrsaufkommen in Bayern soll bis 2030 deutlich mehr als 30 Prozent betragen. Entsprechend werden die Investitionsfördermittel nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) priorisiert. Ebenso muss die Entwicklung emissionsfreier Antriebe vorangetrieben und unterstützt werden.
2. Der Landtag stellt fest, dass der ÖPNV im ländlichen Raum nach wie vor erhebliche Defizite bei Abdeckung und Taktung aufweist, die es zu beheben gilt. Der Landtag fordert daher die Staatsregierung auf, die Gründung und den Ausbau regionaler Verbundsysteme zu unterstützen, indem sie Gemeinden die Aufnahmekosten sowie Verbünden einmalig anfallende Kosten (Verbundstandardisierung der Fahrkartenautomaten, Fahrpläne etc.) zumindest in den Startjahren erstattet. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den „Flickenteppich“ einerseits aus Gebieten mit passablen Verkehrsverbünden und andererseits aus solchen, in denen Tarifsysteme und Fahrpläne nicht dem Bedarf entsprechen, zu beenden. Die Staatsregierung soll die Kommunen außerdem bei der Erstellung von Konzepten zur nachhaltigen Mobilitätsentwicklung beraten und finanziell unterstützen.

Auch in den Ballungsräumen muss die Abdeckung durch den ÖPNV verbessert werden. Gerade dort muss auch Überlastung und Ausfällen in Zukunft besser vorgebeugt werden. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, laufende und lange geplante Verkehrsprojekte besonders in den Ballungsräumen München, Nürnberg, Fürth, Erlangen, Augsburg und in den Großstädten Regensburg, Würzburg und Ingolstadt bis 2030 umzusetzen.

Die Staatsregierung soll für die unter diesem Punkt 2 genannten Maßnahmen zusätzlich zu den geplanten Haushaltsmitteln zunächst jährlich mindestens 250 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen.

3. Der Landtag will den Klimaschutz sozialverträglich gestalten. Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln sollen nicht in der Nutzung des ÖPNV eingeschränkt sein. Daher wird der Freistaat aufgefordert, in Abstimmung mit den Kommunen sämtliche Anstrengungen zu unternehmen, um
- a) ein kostenloses bayerisches Bildungsticket für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende,
 - b) ein kostenloses bayerisches Seniorinnen- bzw. Seniorenticket und
 - c) ein kostenloses bayerisches Sozialticket für Bedürftige einzuführen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Zeitspanne ein für alle Nutzerinnen und Nutzer kostenloser ÖPNV in Bayern erreicht werden könnte.

Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den ÖPNV in Bayern für bestimmte Zielgruppen, die unter diesem Punkt 3. definiert werden, kostenlos nutzbar zu machen, soll die Staatsregierung im Staatshaushalt zunächst mindestens 250 Mio. Euro pro Jahr dafür einplanen. Mit dieser Summe kann ein erster Beitrag dazu geleistet werden, die Sachaufwandsträger und Verkehrsunternehmen, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, zu entlasten.

Zur sozial gerechten Ausgestaltung des Klimaschutzes zählt ferner, sozial und wirtschaftlich benachteiligten Haushalten die Anschaffung von klimateffizienten Haushaltsgeräten zu ermöglichen. Hierzu soll eine Bayerische Klima-Umtauschprämie eingeführt werden. Diese Leistung hilft sowohl den Verbrauchern, Energie und Stromkosten zu sparen, als auch dem Freistaat Bayern, seine Klimabilanz insgesamt zu verbessern. Auch diese Investition dient der Verringerung des Schadstoffausstoßes in Bayern und verhindert so Folgekosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden.

4. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, eine ehrliche und transparente Klimastatistik vorzulegen. Dazu soll der Freistaat entsprechend der in allen anderen Bundesländern gängigen Praxis ab dem Jahr 2019 Treibhausgasdaten auch nach dem Prinzip der Verursacherbilanz veröffentlichen, nicht mehr nur im Sinne einer Quellenbilanz.

Begründung:

Der Verkehrssektor ist in Bayern einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Wenn der Freistaat Bayern das Klima schützen will und den Klimaschutz als Ziel in die Verfassung aufnimmt, muss er unter anderem eine Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Mobilität, die für jeden erschwinglich ist, forcieren. In Zukunft wird der ÖPNV eine immer größere und wichtigere Rolle bei den Verkehrsträgern einnehmen.

Im ländlichen Raum weist der ÖPNV nach wie vor erhebliche Defizite bei Abdeckung und Taktung auf, die es zu beheben gilt. Auch in den Ballungsräumen muss die Abdeckung durch den ÖPNV verbessert werden. Gerade dort muss auch Überlastung und Ausfällen in Zukunft besser vorgebeugt werden.

Mit einem attraktiven Ausbau des ÖPNV kann auch verstopften Straßen und Staus vorgebeugt werden und so ein Verkehrskollaps – gerade in den Ballungsräumen – verhindert werden.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet nach Schätzungen einen Schaden von mehr als 6 Mrd. Euro pro Jahr an Folgekosten für Umwelt und Gesundheit an, Tendenz steigend. Eine Wende vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß rechnet sich für Bayern und für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Daneben muss Klimaschutz auch gerecht ausgestaltet sein. Insbesondere wirtschaftlich oder sozial benachteiligte Haushalte brauchen staatliche Unterstützung und soziale Förderprogramme, um nachhaltig leben zu können. Sie können davon dann auch profitieren – beispielsweise durch einen niedrigeren Stromverbrauch.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Margit Wild, Annette Karl, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/375

Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Horst Arnold

Abg. Ulrike Scharf

Abg. Dr. Markus Bächler

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Manfred Eibl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Ralf Stadler

Abg. Martin Hagen

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag. Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz (Drs. 18/375)

Die SPD-Fraktion hat dazu namentliche Abstimmung beantragt. Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden Horst Arnold das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Staatsziel in der Verfassung zu verankern, ist – bildlich gesprochen – die Absicht, ein großes, wichtiges und imposantes Gebäude zu errichten. Dieses Gebäude soll dem Allgemeinwohl dienen, wichtigste Funktionen erfüllen und vor allen Dingen Maßstäbe für die Politik und alle nachrangigen Behörden und deren Entscheidungen schaffen.

Ja, lassen Sie uns dieses Gebäude schaffen. Aber wie soll es denn aussehen? – Nicht wie ein Luftschloss und nicht wie ein Haus in Potemkinschen Dörfern. Meine Damen und Herren, kein Bauherr würde auf die Idee kommen, ein Haus zu bauen, ohne einen Bauplan zu haben. Genau das machen Sie aber allem Anschein nach. Sie, CSU und FREIE WÄHLER, wollen den Klimaschutz als Wort in die Verfassung schreiben, ohne dass Sie bislang dieses Schlagwort mit konkreten weiteren Maßnahmen und Plänen und Vorhaben unterlegt haben.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ein Schmarren! Wir tun das!)

Klimaschutz darf aber nicht nur eine leere Floskel sein, nicht nur ein vages Ziel oder eine Absichtserklärung; denn der Schutz unseres Klimas ist eine der ganz zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Diese Herausforderung müssen wir mit ganz konkreten Maßnahmen angehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP: Sachlich völlig an der Sache vorbei!)

Wir als SPD-Fraktion halten in diesem Zusammenhang unter anderem zwei Punkte für essenziell:

Erstens. Wir brauchen eine klimafreundliche Verkehrswende. Der Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs am Verkehrsaufkommen in Bayern muss deutlich steigen. Die Entwicklung emissionsfreier Antriebe muss entscheidend vorangebracht werden. Wir wollen den ÖPNV in Stadt und Land stärken, um übrigens einem weiteren Verfassungsziel, nämlich der Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, gerecht zu werden.

Zweitens. Wir brauchen einen sozial etablierten, einen sozial verträglichen Klimaschutz, also einen Klimaschutz, der alle Bevölkerungsgruppen mitnimmt und auch für alle leistbar ist. Deshalb fordern wir, kostenlose Tickets für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Seniorinnen und Senioren und Bedürftige einzuführen und zumindest zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen der ÖPNV perspektivisch für alle kostenlos angeboten werden könnte.

Um es noch einmal zu betonen: Das Verfassungsziel Klimaschutz war auch immer unsere Angelegenheit.

(Tobias Reiß (CSU): Warum stimmen Sie dann nicht zu?)

Das haben wir stets betont. Das ist auch überall nachlesbar.

Wir werden aber definitiv nicht eine Alibipolitik mitmachen, die inhaltlich nicht unterfüttert ist; denn bei einer solchen Politik stürzt das Gebäude Klimaschutz schnell in sich zusammen.

(Alexander König (CSU): Das ist eine ganz schwache Begründung!)

Hinzu kommt: Eine Verfassungsänderung lässt sich nicht eben mal so im Vorbeigehen nach Lust und Laune durchziehen; denn die Verfassung ist Recht von höchstem

Rang. Darum sollten Änderungen und Ergänzungen der Verfassung auch hochrangig behandelt werden.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Zuerst müssen wir einmal ein Ziel haben!)

Eine Erste Lesung hierzu, die ohne Aussprache stattfindet, konterkariert diesen Gedanken. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

(Tobias Reiß (CSU): Die Glaubwürdigkeit verlieren Sie gerade!)

Dies umso mehr, weil Sie noch vor einigen Monaten bei der Diskussion über das Ziel Klimaschutz in der Verfassung durch ihre rechtspolitische Sprecherin geäußert haben, dass das nichts anderes sei als eine Beschäftigungstherapie. Und auch der vollzogene Kursschwenk nach der Wahl liest sich anders. Ich zitiere – die Kollegin Guttenberger hat das im Bayerischen Rundfunk geäußert –:

Wir mussten auch feststellen, dass in weiten Teilen der Bevölkerung diese Leistungen [die in diesem Bereich erbracht wurden,] überhaupt nicht wahrgenommen wurden. Deshalb bin ich heute der festen Überzeugung, wir sollten das in die Verfassung schreiben, damit [auch] im Bewusstsein der Bevölkerung stärker verankert ist, dass wir [in dem Bereich] was tun.

So, wie sich das darstellt, ist das nur eine neue Verpackung der alten Lösung, die bisher nicht zielführend war, nämlich Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht.

(Alexander König (CSU): Das ist pessimistisch!)

Anders gesagt: Diese Verfassungsänderung scheint in erster Linie der eigenen Imagepflege zu dienen. Das Klimaschutzziel ist aber kein PR-Gag. Dazu ist uns die Verfassung zu wichtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Kurzum: Ihre Glaubwürdigkeit in diesen Fragen muss leider stark bezweifelt werden. Deshalb brauchen wir dringend Vertrauensbausteine, um zu sehen, ob Sie es mit dem Klimaschutz wirklich ernst meinen.

(Alexander König (CSU): Sie werden um die Frage nicht herumkommen, ob Klimaschutz als Staatsziel rein soll oder nicht!)

Unser Dringlichkeitsantrag, dessen Kernpunkte wir den Vorsitzenden der FREIEN WÄHLER- und der CSU-Fraktion bereits vorgestern per Brief transparent und offen zugeleitet haben, dient vor allem als Diskussionsgrundlage. Über einzelne Maßnahmen und Zahlen lässt sich jederzeit reden. Wichtig ist uns aber: Die ernste Absicht Ihrerseits muss für uns klar erkennbar sein. Klimaschutz kann es nicht zum Nulltarif geben. Es gibt aber auch keinen Grund, beleidigt oder bestürzt zu sein. Wo denn sonst, wenn nicht im Parlament, sind inhaltliche Diskussionen vorgesehen?

Was die Beleidigung anbetrifft: Das sehen wir nicht so, weil weder der Umweltminister noch der Ministerpräsident da ist. Das ist Ihre Interpretation des Klimaschutzes im Parlament. Danke schön, diese Zeichen verstehen wir schon.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich bitte Sie also nachdrücklich, unserem Antrag zuzustimmen, als Diskussionsgrundlage, um die Vorstellungen zum Klimaschutz mit einer Unterlage zu versehen. Ansonsten können Sie Ihre Worthülsen weiterhin verbreiten. Wir werden da nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist nicht glaubhaft!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat die Kollegin Ulrike Scharf von der CSU-Fraktion. – Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ulrike Scharf (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachhaltige Mobilität und Klimaschutz sind unbestrit-

ten die großen Herausforderungen unserer Zeit. Und gerade wenn wir die Zunahme unserer Bevölkerung betrachten – wir sind jetzt über 13 Millionen Einwohner in Bayern – und damit auch den zunehmenden Verkehr, dann müssen wir feststellen, dass wir diesen bewältigen und gleichzeitig dafür sorgen müssen, dass die Klimaschutzziele eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist Menschenschutz, und Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für uns ist es wichtig, den Klimaschutz als Staatsziel zu verankern und ihn in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Daran können Sie alle mitwirken.

Ich verstehe nicht, und ich wundere mich ehrlich gesagt darüber, dass die SPD heute diesen Dringlichkeitsantrag stellt. Fast könnte man meinen, Sie waren in den letzten Jahren hier im Parlament nicht anwesend oder haben einfach nicht mitbekommen, was alles bereits auf dem Weg ist.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist eine Frage der Selbsttäuschung!)

Die Verkehrswende ist auf dem Weg, die Verkehrswende läuft. Ich möchte Ihnen das an zwei Beispielen deutlich machen: Das eine ist der Bau einer zweiten Stammstrecke, die nicht nur für die Stadt München, sondern auch für das gesamte Umland eine wichtige Maßnahme ist. Ein weiteres Beispiel ist die klare Zielformulierung der Einführung eines bayernweiten 365-Euro-Tickets.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im Juli 2017 hat die Bayerische Staatsregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, das sowohl Luftqualität als auch die Mobilitätsinteressen der Menschen berücksichtigt. Ich empfehle Ihnen, den Bericht aus der Kabinettsitzung aus dem Juli 2017 nachzulesen, insbesondere die Punkte, bei denen es um Förderung des ÖPNV, aber auch Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs geht.

Wenn Sie aufmerksam die Presse verfolgen würden, hätten Sie auch mitbekommen, dass beispielsweise die Stadt Rosenheim im letzten Jahr eine wunderbare Förderung von 2,14 Millionen Euro für den Bau eines Fahrradparkhauses mit 900 Stellplätzen am Bahnhof bekommen hat, Stichwort: Park and ride. Alle diese Maßnahmen sind bereits auf dem Weg.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ja, ja, Maßnahmen!)

Ich möchte Ihnen außerdem den Kabinettsbeschluss vom Juli 2018, den Fahrplan für mehr Mobilität in Bayern, nahelegen. Mobilität ist ein Grundbedürfnis in Stadt und Land, und die Ausgestaltung von Mobilität ist nicht nur eine technische, sondern auch eine gesellschaftliche Frage. Sie ist vor allen Dingen aber auch eine Gesamtkonzept-Frage: Man braucht nicht nur einzelne Maßnahmen, sondern ein Gesamtkonzept.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Eben!)

Wenn Sie diesen Fahrplan für mehr Mobilität lesen, werden Sie feststellen, dass alle Belange berücksichtigt sind: ein flächendeckendes Angebot, abgestimmte Tarife, emissionsarme Fahrzeuge, durchgängige Verkehrsangebote, die Ausweitung des Einstunden-Taktes auf der Schiene, ergänzende Angebote in Form überregional wichtiger Buslinien, Taktverdichtungen usw. usf.

Das ist auch konkret mit Zahlen hinterlegt. Wir werden in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 feststellen können, wie ernst es Ihnen mit der Umsetzung der ÖPNV-Maßnahmen wirklich ist, wenn Sie all diese Maßnahmen auch finanziell unterlegen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich will Sie noch auf eines hinweisen: Ich weiß nicht, ob Sie registriert haben, dass bereits seit Herbst 2018 ein Leitfaden zur Entwicklung von urbanen Seilbahnen existiert. Ich möchte Ihnen diesen Leitfaden an die Hand geben, weil genau diese innovative Möglichkeit klimafreundlich,

modern und umweltfreundlich ist und eine Mobilität garantiert, wie wir sie in manchen Städten anders nicht mehr herstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der SPD ist unnötig, weil die Verkehrswende auf dem Weg ist. Sehr viele Ziele sind klar formuliert, Maßnahmen sind beschlossen, Verfahren laufen. Jetzt geht es darum, auch die Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. All das werden wir in den nächsten Monaten in Angriff nehmen.

Zur Forderung in Ihrem Antrag, man möge doch einen kostenlosen ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger prüfen, kann ich nur sagen: Wer einfach nur einen solchen Prüfantrag stellt, der weiß nichts davon, dass die Beförderungseinnahmen von mehr als zwei Milliarden Euro ein wesentlicher Baustein für die Finanzierung des ÖPNV sind.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Deshalb ist es ja ein Prüfantrag!)

Deshalb lehnt die CSU-Fraktion diesen Antrag ab. Er ist überflüssig. Die Verkehrswende ist auf dem Weg.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Hurra!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Scharf. – Das Wort hat der Kollege Dr. Markus Büchler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wort "Klimaschutz" in die Verfassung zu schreiben, wäre ohne konkrete, substanzielle Maßnahmen eine Farce, insbesondere, wenn wir erleben, dass die CO₂-Emissionen in einem Bereich nicht sinken, wie es dringend geboten wäre, sondern in dem sie sogar noch steigen: Das ist der Verkehrsbereich. Meine Damen und Herren, hier ist dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was aber macht die Staatsregierung? – Der Herr Ministerpräsident fährt einmal ein paar Stationen S-Bahn, fünf Minuten lang, um sich anzuschauen, wie das da so ist,

damit er es auch einmal gesehen hat: ein peinlicher PR-Gag, eine Verhöhnung von 900.000 Fahrgästen allein in der S-Bahn München, jeden Tag. Und das war es dann anscheinend wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig feiert Minister Reichhart neulich im Verkehrsausschuss den Investitionshochlauf des Straßenbaus. Meine Damen und Herren, so wird das nichts mit dem Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erlebe täglich das Chaos und den Saustall, den wir im öffentlichen Verkehr haben: die S-Bahn, die in der Früh nicht kommt, so auch heute früh, das Frieren am Bahnsteig, keine Infos, irgendwelche Zufalls-Bullshit-Durchsagen aus dem Lautsprecher, dreckige, klebrige, stinkende Bahnhöfe, kaputte Rolltreppen, kaputte Lifte. Und das Ganze wegen dieser katastrophalen Verkehrspolitik, die wir im Bund und im Land seit vielen Jahren erleben. Ich habe das satt; mich regt das auf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Frechheit siegt nicht immer!)

Und Herr Söder will Bayern zum Mond fliegen lassen, mit Bavaria One. Ich sage Ihnen: Beim Nahverkehr sind wir in Bayern schon längst hinter dem Mond angekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist äußerlich und inhaltlich unangemessen für das Haus, was Sie bieten! Schauen Sie mal in den Spiegel!)

Bleiben Sie darum lieber auf der Erde, und machen Sie Ihre Hausaufgaben hier daheim! Das heißt konkret: Verkehrsverbünde im ganzen Land schaffen. Dekorieren wir endlich einmal König Ludwigs alte Eisenbahnen mit elektrischen Oberleitungen und sparen damit sogar Betriebskosten! Reaktivieren wir Bahnstrecken, und stärken wir

damit den öffentlichen Raum, anstatt an Sonntagen nur von der Stärkung des öffentlichen Raums zu reden! Schaffen wir Radschnellwege in der Trägerschaft des Freistaats Bayern, und beerdigen wir endlich das Projekt der dritten Startbahn am Flughafen München!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Dann, aber wirklich erst dann, wird der Klimaschutz konkret. Dann können wir dieses Wort auch sehr gerne in die Verfassung schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf Herrn Abgeordneten Eibl um das Wort bitten.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung strebt die Ziele Klimaschutz, umweltfreundliche Verkehrswende und sozial ausgestaltete Klimaschutzpolitik nicht nur an, sondern setzt sie seit geraumer Zeit auch um.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach!)

Sie tut das im engen Verbund mit zahlreichen Protagonisten. Schauen wir uns nur die Entwicklung der emissionsreduzierten oder emissionsneutralen Kraftfahrzeuge an, die intensiv und aktiv vorangetrieben wird. Schauen wir uns die Verbesserung der Umweltbilanz im Kraftfahrbereich im Vergleich zum Bund an, oder nehmen wir die Verlagerung auf den ÖPNV.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Die Kollegin Scharf hat das ausgeführt. Ich möchte auch noch ergänzen, was jetzt gerade in der Landeshauptstadt München mit dem Strukturentwicklungskonzept im ÖPNV gemacht wurde. Hier stellt der Freistaat 50 Millionen Euro Ausfallbürgschaft für eine deutlich bessere Taktung und eine deutlich verbesserte Frequentierung bereit.

Es ist meines Erachtens nicht zielführend, festzuschreiben, dass 30 % des Verkehrsaufkommens in Bayern auf den öffentlichen Personennahverkehr umgeschichtet werden müssen. Es ist richtig – Sie haben das ausgeführt –, dass der ländliche Raum in Bezug auf Mobilität große Defizite aufweist. Die Staatsregierung hat diesbezüglich auch klar und deutlich angekündigt, Nahverkehrsverbünde offensiv zu fördern und zu begleiten.

(Horst Arnold (SPD): Ja, eben!)

Hierbei ist es zwingend notwendig, in allen Bereichen der zukünftigen Mobilität wie Bahn, Bus, Verkehrsleitplanungen, Digitalisierungsoffensiven und Tarifverbünden etwas in die Wege zu leiten. Wir brauchen dazu aber Ergebnisse aus sogenannten Modellregionen. Dies wird aktuell vorbereitet.

Das sind Modellregionen in dem Sinne, dass wir hiervon alle miteinander lernen können. Wir entwickeln dort Maßnahmen und können daraus Erfahrungen gewinnen und aufbereiten. Wir wollen hier nicht, wie von Ihnen verlangt, 500 Millionen aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen.

Gute Erkenntnisse aus den Modellregionen übernehmen wir. Wir übertragen sie dann auf das breite Land in Bayern. Nach den Förderrichtlinien des GVFG in Bayern werden schon heute landkreisübergreifende Expressverbindungen gefördert. Es werden auch schon bedarfsorientierte Bedienformen umgesetzt und ergänzende ÖPNV-Leistungen gefördert.

Wenn wir ganz ehrlich sind, stellen sich Probleme des Öfteren vor Ort heraus, nämlich da, wo Landkreise und Verbünde nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, auf diese neuen Verbundstrukturen einzugehen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Eben!)

Wir müssen dahingehend Überzeugungsarbeit leisten. Wir brauchen Grundlagen, die wir vermitteln und aufzeigen können.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Die stehen doch im Antrag drin!)

Bayern ist bundesweit Vorreiter in der umweltpolitischen Ausrichtung. Darauf können wir alle stolz sein. Wir als FREIE WÄHLER lehnen diesen Antrag darum ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, wenn Sie bitte noch am Rednerpult bleiben könnten. – Es gibt es eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Herrn von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr verehrter Herr Kollege Eibl, Sie haben gerade aufgezeigt, was das praktische Problem ist: Sie bleiben im Vagen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) So ist es!)

Sie haben keine konkreten Ziele ausgegeben. Sie können uns nicht sagen, wie Sie die Verkehrswende in Bayern gestalten wollen. Sie können uns nicht sagen, wann wir von wirklich umweltfreundlichem Verkehr ausgehen können und welchen prozentualen Anteil der öffentliche Verkehr haben soll. Sie erwarten auf dieser Basis von uns, einer Verfassungsänderung zuzustimmen, nur damit Sie sich ein grünes Mäntelchen umhängen können. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist eine schlechte Basis.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Danke für Ihre Frage. – Grenzwertfestlegungen gibt es jahrein, jahraus nicht nur durch die EU, sondern auch durch den Bund. Ich glaube, dass für alle nachvollziehbar ist, wohin das führt. Ich persönlich bin ganz strikt gegen die Festlegung von Grenzwerten. Es ist vielmehr wichtig, Maßnahmen einzuleiten. Diese Maßnahmen sind umfänglich dargelegt und aufgezeigt worden.

Wir müssen aber natürlich alles auch in einer gewissen Verhältnismäßigkeit und im Rahmen der Leistbarkeit halten. Uns ist es wichtig, hier nicht nur urbane Probleme in Augenschein zu nehmen, sondern vor allem auch, dass man aus Mobilitäts- und Nah-

verkehrsverbünden lernt und die Übertragung der dort gewonnenen Erfahrungen auf weitere Bereiche unseres Landes gewährleistet.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Herrn Abgeordneten Eibl. Ich rufe den Herrn Abgeordneten Stadler von der AfD-Fraktion auf. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident! Grüß Gott, Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag der SPD liegt wieder einmal eine absurde Annahme zugrunde. Wir lehnen den Schmarrn deswegen ab.

Wen wundert's? – Inzwischen wird alles mit dem Klimawandel und dem Klimaschutz in Verbindung gebracht. "Der Verkehrssektor ist in Bayern einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen." – So begründet die SPD ihren Antrag. Woher wissen Sie denn das? Können Sie das belegen? Die gesellschaftliche und politische Ausrichtung auf den Klimaschutz beruht doch bloß auf einer Hypothese. Es ist wissenschaftlich nicht belegbar, dass der Kohlendioxidausstoß für die Erderwärmung verantwortlich ist.

(Beifall bei der AfD – Klatschen und Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

– Moment! Wir sind gleich soweit. Die Schnapsidee, die Welt mit batteriebetriebenen Fahrzeugen zu retten, ist eine rot-grüne Illusion. Allein die Herstellung der Batterien verbraucht mehr Ressourcen, als dies die entsprechende Einsparung von CO₂ jemals rechtfertigen würde.

(Beifall bei der AfD)

Nicht einmal die GRÜNEN haben sich bis jetzt zum umstrittenen Lithium- und Kobaltabbau geäußert. Wozu denn auch? – Ist ja nicht in Deutschland!

Frau Schulze, zur Info: Wasserstoffmotoren sind Verbrennungsmotoren.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Es ist hingegen real, dass die ausufernde Klimapolitik unsere Autoindustrie in Bayern über kurz oder lang ruiniert. Sie sollten lieber die Arbeitsplätze unserer Wirtschaft in Bayern schützen, anstatt mit der Klimälüge Sozialpolitik zu betreiben. Das ist sozialverträgliche Politik, wie die AfD sie fordert.

Wenn der SPD nichts mehr einfällt, um die Wähler zurückzugewinnen, soll sie lieber gleich einpacken und die Sozialpolitik der AfD überlassen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Was für euch Klimaschutz ist, ist für uns konsequenter Umwelt- und Naturschutz. Da bleiben wir auch dran.

Wir fordern die Rückkehr zu einer faktenbasierten Umwelt- und Energiepolitik. Wir wollen keinen Modebegriff, mit dem man den Bürgern das Geld aus den Taschen zieht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Wer mit dem Klima Politik auf Staatskosten macht, geht schnurstracks in die Planwirtschaft. Da spielen wir nicht mit.

Wir stehen für eine freie und soziale Marktwirtschaft ohne fehlgeleitete Subventionen und Zwangsbeglückungen. Es soll schließlich jeder nach Kalifornien fliegen und, wenn er will, auch dortbleiben können.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit bei der AfD und der CSU)

Es ist klar, dass man sich über eine vernünftige Verkehrspolitik Gedanken machen muss. Aber ohne den Diesel geht es noch nicht. Wer das nicht kapiert, dem kann man nicht helfen. Vor allem, wenn auf dem Land, wie etwa im Bayerischen Wald, wo der ÖPNV schlecht ausgebaut ist, sind die Bürger nun einmal auf das Auto angewiesen.

Das aber mit dem Klimawandel in Verbindung zu bringen, ist hirnrissig und bringt die Bürger nicht weiter, im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich eine Gruppe von ehrenamtlich Engagierten auf der Ehrentribüne begrüßen. Sie sind Gäste des Innenministers. Ich darf Sie empfehlend auf eine Ausstellung hinweisen, die nebenan im Senatssaal zum Thema Ehrenamt stattfindet. Die Ausstellung zeigt, wie wichtig es ist, dass sich Menschen für andere engagieren. Vielleicht haben Sie bis 14:00 Uhr noch Zeit, die Ausstellung zu besuchen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt darf ich den nächsten Redner bitten. Bitte, Herr Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe. Deswegen stimmt die FDP auch der Aufnahme des Staatsziels Klimaschutz in die Bayerische Verfassung zu. Anders als SPD und GRÜNE hat sie das auch im Ausschuss getan. Es wäre regelrecht ein Treppenwitz der Geschichte, wenn ausgerechnet Sie, die SPD und die GRÜNEN, gemeinsam mit den Klimawandelleugnern von der AfD dieses wichtige Projekt im Hohen Haus verhindern würden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Klimaschutz ist so wichtig und so komplex, dass er nicht mit einem Dringlichkeitsantrag übers Knie gebrochen werden kann. Deswegen lehnt die FDP-Fraktion den Antrag der SPD ab. Drei Gedanken dazu:

Erstens. Klimaschutz kann nur global funktionieren, denn es ist dem Klima völlig egal, wo CO₂ emittiert wird, ob in Deutschland oder am anderen Ende der Welt. Jeder muss

seinen Beitrag dazu leisten, aber ohne ein globales Konzept kommen wir nicht weiter. Nationale Symbolpolitik wie hier mit diesem Antrag führt zu nichts.

Ich kann nicht verstehen, warum Sie beispielsweise das Konzept der CO₂-Zertifikate nicht aufgreifen. Die FDP-Fraktion sagt, das ist das beste marktwirtschaftliche Instrument, um CO₂ einzusparen. Deswegen wollen wir auch den Verkehrssektor in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einbeziehen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Demnächst wird es eine Expertenanhörung zur Evaluierung von Defiziten und Verbesserungsvorschlägen beim öffentlichen Personennahverkehr geben. Diese Expertenanhörung wurde von der SPD beantragt, und sie wird stattfinden. Ich kann nicht verstehen, warum Sie dieser Expertenanhörung jetzt mit einem Dringlichkeitsantrag, der sich überwiegend mit dem öffentlichen Personennahverkehr beschäftigt, vorgehen.

Drittens. Sie schlagen in Ihrem Antrag eine Umtauschprämie für Elektrogeräte vor. Eine solche Umtauschprämie ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch völliger Unfug. Sie wird ausschließlich zu Mitnahmeeffekten führen. Leute, die sich ohnehin ein neues Elektrogerät kaufen wollen, nehmen dann eben die Prämie mit.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Darüber freut sich aber die Industrie!)

– Sie freut sich darüber, aber es ist unser Geld, Herr Arnold. Es ist das Geld der bayrischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Regierung gibt es mit der Gießkanne aus, und Sie wollen noch eins draufsetzen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der FDP)

Sie lassen in Ihrer Bilanz die sogenannte graue Energie völlig außer Acht. Das neue Gerät spart zwar Energie ein. Die graue Energie ist aber das, was man für die Roh-

stoffgewinnung, für die Produktion und den Transport des neuen Geräts braucht. Wenn Sie diese Energie einbeziehen, dann sieht die Ökobilanz gleich völlig anders aus. Die Frage ist dann auch, was Sie mit dem alten Gerät machen. Soll es verschrottet werden, oder wollen Sie es nicht verschrotten? Wenn es nicht verschrottet wird, wird es wahrscheinlich irgendwo in einem osteuropäischen Land weiterlaufen. Und noch einmal: Dem Klima ist es egal, wo CO₂ emittiert wird.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist ein Ziel für uns alle, es ist kein Thema für solche Schnellschüsse. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Kollege Hagen. – Das Wort hat jetzt Herr Staatsminister Dr. Reichhart. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion geht grundsätzlich in die richtige Richtung. In wesentlichen Punkten geht er aber leider auch fehl. Wenn wir von einer klimafreundlichen Verkehrswende sprechen, brauchen wir vieles. Wir brauchen nicht nur eine Stärkung des ÖPNV, sondern wir müssen den Umweltverbund aus ÖPNV, Fahrradverkehr und Fußgängerverkehr insgesamt betrachten und in den Blick nehmen.

Dazu braucht es ein breites Maßnahmenbündel. Vieles davon ist bereits angesprochen worden und liegt auf dem Tisch. Wir brauchen aber auch neue Ideen, wie wir die Bürgerinnen und Bürger in Bayern insgesamt dazu bewegen können, zu überlegen, welches Verkehrsmittel sie nutzen, auf welches sie umsteigen und wie sie morgens zur Arbeit, zu Freunden, zur Familie oder zu Bekannten kommen. Dabei müssen wir eines ganz stark im Blick haben: Bayern ist ein wunderschönes Land, es ist aber auch ein Land, das durch viele lokale Unterschiede und davon geprägt ist, dass wir eine ganz große Bandbreite an Mobilität haben.

Wir haben sehr, sehr große Potenziale im Fahrrad- und Fußgängerverkehr. Unser Ziel ist es auch, den Fahrradverkehr noch stärker auszubauen. Wir wollen Radschnellwe-

ge bauen und uns innovative Projekte im Fahrradverkehr anschauen. Wenn wir den Fahrradverkehr stärken wollen, dürfen wir aber den Fußgängerverkehr, den ÖPNV und den Fahrradverkehr nicht gegeneinander ausspielen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das macht doch keiner!)

Wir müssen diese Verkehre insgesamt sehen und so die Mobilität in Bayern stärken. Gleichzeitig haben wir für den ÖPNV ein Paket geschnürt, das in diesem Jahr noch Fahrt aufnehmen wird. Wenn Sie sich den Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREI-EN WÄHLERN anschauen, können Sie darin lesen, dass wir die Stärkung des ÖPNV als eines der Hauptziele dieser Legislaturperiode sehen.

Der ÖPNV ist durch eine große Vielfalt geprägt. Er ist einerseits durch Verbünde, andererseits aber auch durch verbundfreie Bereiche geprägt, und letztere wollen wir anpacken. Der ÖPNV ist davon geprägt, dass wir verschiedene Befindlichkeiten vor Ort haben. Während wir im städtischen Bereich andere Herausforderungen haben, müssen wir auf dem Land überlegen, wie wir flexible Bedienformen weiter ausbauen oder was wir dort noch machen können.

Wir haben ein Programm mit einer Förderkulisse aufgelegt, von dem wir glauben, dass wir es in den nächsten Monaten und Jahren auch so auf den Weg bringen und damit einiges erreichen können. Bei den Gesprächen über den kommunalen Finanzausgleich haben wir eine Erhöhung der ÖPNV-Mittel auf rund 95 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Das zeigt doch, dass unsere Ankündigungen nicht nur Worte sind, sondern dass ihnen auch Taten folgen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das reicht nicht mal für einen Stadtteil!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen aber auch den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs. Sie haben nur auf den ÖPNV Bezug genommen. Auch beim Schienenpersonennahverkehr gibt es immer wieder Herausforderungen, die wir

anpacken müssen. Mit der zweiten Stammstrecke haben wir das größte Investitionsprogramm im SPNV, das Bayern in den letzten Jahrzehnten erlebt hat. Wir begleiten dieses Projekt mit weiteren flankierenden Maßnahmen, mit denen wir, der Freistaat Bayern, unserer Verantwortung gerecht werden. Wir haben das Streckennetz der S-Bahn Nürnberg seit 2010 von 67 Kilometern auf fast 250 Kilometer ausgeweitet. Wir bauen dieses Netz weiter aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausbau des Busverkehrs, von U-Bahnlinien, des Straßenverkehrs und von S-Bahnlinien muss im Einvernehmen mit den Aufgabenträgern, mit den Kommunen und mit den Verbünden erfolgen. Nur Hand in Hand können Kommunen, Land und Bund den Nahverkehr ausbauen und auf erneuerbare Energien und auf neue Technologien umsteigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorschlag, den Nahverkehr kostenfrei zu machen, hat selbstverständlich seinen Reiz. Andererseits müssen Sie sich aber vor Augen halten, dass die Kommunen aus dem ÖPNV Einnahmen in Höhe von über zwei Milliarden Euro haben.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist ein Prüfantrag!)

Deshalb empfehle ich Ihnen, einmal mit Ihren Kommunalpolitikern darüber zu sprechen, was sie von derartigen Maßnahmen halten. Auch da werden Sie ein gespaltenes Bild sehen und feststellen, dass einiges schwierig ist.

Deswegen müssen wir es beim ÖPNV, beim SPNV, beim gesamten Personennahverkehr und auch beim Fußgänger- und beim Radverkehr schaffen, das Angebot auszuweiten und es trotzdem preislich attraktiv zu halten. Wir müssen die Unterschiede zwischen ländlichem und städtischem Raum unter einen Hut bringen.

Wir müssen uns auch vor Augen halten, dass bayerische Verkehrsunternehmen allein mit dem Ausbildungsverkehr im letzten Jahr, im Jahr 2017, 558 Millionen Euro Einnahmen erzielt haben. Dieses Geld würde für den Ausbau von einzelnen Strecken und

Trassen verloren gehen. Wir brauchen ein Konzept für den gesamten Verkehr und sollten nicht nur einzelne Punkte herausgreifen.

Deswegen bitte ich das Hohe Haus, den Antrag der SPD abzulehnen und den Verkehr in seiner Gänze zu betrachten, wenn es Ihnen wirklich um eine Verkehrswende geht. Dafür werden wir in den nächsten Monaten ganz stark arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch kurz am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen von Brunn. – Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Herr Minister, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die heutigen Anträge der SPD und der GRÜNEN zum Klimaschutz im Zusammenhang zu sehen sind. Wir haben uns das Thema Verkehr vorgenommen. Die GRÜNEN bringen mit ihrem Antrag weitere Aspekte ein. Wir wollen überprüfen, was Sie im Klimaschutz konkret anzubieten haben. Vorher ist schon deutlich gemacht worden, dass wir nicht bereit sind, die Verfassung nur mit einem Wort oder einem Begriff zu ergänzen. Wir wollen von Ihnen konkrete Aktionen sehen, die auch überprüfbar und messbar sind.

Sie können jetzt mit Zahlen über den Verkehr jonglieren. Die Defizite im öffentlichen Verkehr in Bayern, angefangen mit der Elektrifizierung von Bahnstrecken bis zu den Problemen in den Verkehrsverbünden, die Herr Kollege Bächler von den GRÜNEN vorhin angesprochen hat, sind doch offenkundig. Das, was Sie jetzt vorschlagen, reicht doch bei Weitem nicht aus. Diese Maßnahmen resultieren aus einer anderen Debatte, nicht aus der Klimaschutzdebatte. Wir wollen deutlich mehr. Wir wollen über attraktive Preise Signale setzen, damit die Menschen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Insbesondere auf dem Land wollen wir den öffentlichen Verkehr massiv ausbauen. Dazu kommt von Ihrer Seite deutlich zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Kollege von Brunn, wenn Sie die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung auch in diesem Bereich in den letzten Monaten verfolgt hätten, dann hätten Sie bemerkt, dass wir sehr viel machen: Wir haben vor, die Verbundinfrastruktur weiter auszubauen. Wir haben vor, landesbedeutsame Buslinien zu stärken. Gerade im ländlichen Raum sollen Buslinien an Tangentialverbindungen angeschlossen werden. Ich möchte nur die Alpenbuslinie nennen, aber es gibt noch viele andere. Wir haben vor, um München eine Ringbuslinie aufzubauen. Wir haben beim ÖPNV und beim SPNV vor, ein 365-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende einzuführen. Wir verfolgen eine ganz große Spannbreite an Maßnahmen. Sie müssen mir jedoch nachsehen, dass es noch keinen Haushalt gibt, sodass wir die Maßnahmen noch nicht umsetzen können. Wir haben aber ein ganzes Bündel an Maßnahmen, das wir im Einvernehmen mit den Aufgabenträgern, mit den Kommunen, in der nächsten Zeit umsetzen wollen. Seien Sie sich dessen gewiss: Mir liegt der Nahverkehr, egal, ob Schienenpersonen-nahverkehr oder öffentlicher Personennahverkehr, sehr stark am Herzen. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten einiges umsetzen.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Damit kommen wir zur Abstimmung. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Bitte treffen Sie die Vorbereitungen zur Durchführung der namentlichen Abstimmung. – Die Abstimmung beginnt jetzt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 11:31 bis 11:36 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abstimmung ist hiermit beendet. Die fünf Minuten sind vorbei. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe)

Bitte nehmen Sie wieder Platz. Es geht weiter. Bitte Platz nehmen, wer noch steht.

(...)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Herold für seinen Beitrag. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz", Drucksache 18/375, bekannt geben. Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 132. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz (Drs. 18/375)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	56	132	0